

Antwort der Bundesregierung

**auf die Große Anfrage der Abgeordneten Jelena Hoffmann (Chemnitz),
Ernst Schwanhold, Anke Fuchs (Köln), weiterer Abgeordneter und der
Fraktion der SPD
— Drucksache 13/3944 —**

Situation des Handels mit Osteuropa

Nach dem politischen Umbruch in der Sowjetunion und ihren Anrainerstaaten und der Auflösung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist nun einige Zeit vergangen, in der sich marktwirtschaftliche Strukturen sowohl in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion als auch in den übrigen mitteleuropäischen Staaten ausbreiten konnten. Eine solche Umstellung hat Auswirkungen auf den Handel mit diesen Ländern. Möglicherweise muß deshalb auch für eine weitere Zeit besondere Hilfe zur Belebung oder zur Stützung dieses Warenverkehrs geleistet werden.

Vorbemerkung

Die Bundesregierung hat der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa immer besondere Bedeutung beigemessen. Vor dem Fall des Eisernen Vorhangs ist dies mit Rücksicht auf die gesamteuropäische Lage und die Teilung Deutschlands erfolgt. Mit dem Ende des planwirtschaftlichen Systems und dem Bekenntnis zu Demokratie und Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa hat die Bundesregierung ihre eigenen Bemühungen um politische und wirtschaftliche Stabilisierung im östlichen Teil des europäischen Kontinents vermehrt und zugleich darauf hingewirkt, daß sich auch die Unterstützung der internationalen Volkergemeinschaft verstärkt.

Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß Tempo und Intensität der demokratischen und marktwirtschaftlichen Prozesse in Mittel- und Osteuropa wesentlich von der auch für die breite Bevölkerung spürbaren wirtschaftlichen Erholung abhängen. Zugleich muß die Integration dieser Länder in Welthandel und Weltwirtschaft, die nach jahrzehntelanger selbstgewollter Isolierung mittlerweile sichtbare Fortschritte gemacht hat, fortgeführt werden. Die Bundesregierung setzt sich dafür mit Nachdruck ein. Mit dem Annäherungsprozeß der assoziierten Reformländer an die Europäische Union, der in deren Beitritt münden soll, ist ein wirksamer Schritt zur europäischen Einigung getan. Aber auch die anderen Reformländer, die keine Perspektive auf einen EU-Beitritt haben, sollen in eine gesamteuropäische wirtschaftliche Zusammenarbeit miteinbezogen werden.

Die Bundesregierung versteht sich – zusammen mit anderen Ländern – als Motor dieser Entwicklung. Sie sieht in der wachsenden Kooperation zwischen westeuropäischen und mittel- wie osteuropäischen Unternehmen und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Verflechtung einen wichtigen Beitrag zur marktwirtschaftlichen Umstrukturierung und zum wirtschaftlichen Aufschwung in Mittel- und Osteuropa.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 10. Juli 1996 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Aus diesem Grund hat sie eine Vielzahl von Initiativen entwickelt, um den neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten in Mittel- und Osteuropa Rechnung zu tragen und die Wirtschafts- und Geschäftsbeziehungen zu fördern. Zugleich hat sie die Wirtschaft zu Initiativen ermuntert, ihrerseits das in Mittel- und Osteuropa entstehende marktwirtschaftliche Umfeld für das Anknüpfen neuer Beziehungen und neuer Formen der Zusammenarbeit zu nutzen.

Deutschland ist der größte Wirtschaftspartner für Mittel- und Osteuropa. Der Handel entwickelt sich – bezogen auf den deutschen Welthandel – mit der höchsten Wachstumsrate. Die Bundesregierung sieht darin Bestätigung und Verpflichtung für ihre Politik, die auf wirtschaftliche Stabilisierung und weltwirtschaftliche Integration Mittel- und Osteuropas gerichtet ist.

Bisherige Entwicklung

1. Wie hat sich der Handel mit der Sowjetunion bzw. ihren Nachfolgestaaten entwickelt?

(Die Darstellung soll ab 1985 beginnen und bis zur Vereinigung getrennt in DDR und Bundesrepublik Deutschland, danach in neue Länder und alte Länder, aufgeschlüsselt sein.)

2. Wie hat sich der Handel mit anderen osteuropäischen Staaten entwickelt?

(Die Darstellung soll ab 1985 beginnen und bis zur Vereinigung getrennt in DDR und Bundesrepublik Deutschland, danach in neue und alte Länder, aufgeschlüsselt sein.)

Der politische und ökonomische Umbruch der letzten Jahre in Mittel- und Osteuropa¹⁾ hat zu einem grundlegenden Strukturwandel in den außenwirtschaftlichen Beziehungen der Reformstaaten geführt. Nach dem Zusammenbruch des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) haben sich die Handelsströme schnell in Richtung Westmärkte verschoben. Heute wickeln die Reformländer bereits über die Hälfte ihres Außenhandels mit den westlichen Industrienationen ab. Für die GUS-Staaten und die ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Länder einschließlich der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens ist Deutschland wichtigster Absatz- und Bezugsmarkt im westlichen Ausland. Auf Deutschland entfällt fast die Hälfte des gesamten EU-Handels mit diesen Ländern.

Die Einfuhren der alten Bundesländer aus den mittel- und osteuropäischen Ländern stiegen von 1985 bis 1995 um 88 % auf 53,3 Mrd. DM und die Ausfuhren um 103 % auf 56,0 Mrd. DM an. Im Außenhandel der neuen Bundesländer mit den mittel- und osteuropäischen Ländern nahm die Entwicklung dagegen einen anderen Verlauf. Hier ist im Zeitraum von 1985 bis 1995 ein Rückgang der Einfuhren um 82 % auf

5,2 Mrd. DM und der Ausfuhren um 83 % auf 5,0 Mrd. DM zu verzeichnen.

Dieser Rückgang ist die Folge der mit dem marktwirtschaftlichen Reformprozeß in den mittel- und osteuropäischen Ländern verbundenen strukturellen Veränderungen. Nach der Auflösung des RGW 1991 und der damit verbundenen Umstellung des Handels zwischen den früheren Mitgliedsländern auf Weltmarktpreise und Fakturierung auf der Basis konvertierbarer Währungen traten die Unternehmen in den neuen Bundesländern in direkte Konkurrenz mit westlichen Herstellern. Die ehemaligen RGW-Partner orientierten sich stärker auf westliche Märkte und führten in zunehmendem Maße Waren von dort ein, weil die Angebote westlicher Unternehmen hinsichtlich Preis, Qualität sowie Liefer- und Zahlungsbedingungen oftmals attraktiver waren als die der Exporteure aus den neuen Bundesländern. Andererseits versuchten die Reformländer, über den Absatz eigener Produkte auf den westlichen Märkten die für den Umbau ihrer Wirtschaft notwendigen Devisen zu erwirtschaften. Dabei zeigte sich, daß der Markt der neuen Bundesländer wenig aufnahmefähig für mittel- und osteuropäische Waren war. Diese Aufnahmefähigkeit wäre ohne die zeitweilige Zollfreiheit, die Waren aus den ehemaligen RGW-Ländern von 1990 bis 1995 in den neuen Bundesländern als Vertrauensschutzmaßnahme zur Aufrechterhaltung der gewachsenen außenwirtschaftlichen Beziehungen nach dem Einigungsvertrag gewährt wurde, noch geringer gewesen.

Die nachfolgende Darstellung der Situation des Handels mit Mittel- und Osteuropa ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß die EU den Reformländern zur Unterstützung ihrer schwierigen Umstrukturierungsprozesse seit Jahren einseitig erhebliche Zollvergünstigungen gewährt. So sind die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion bereits 1993 in das eigentlich für Entwicklungsländer geltende System der Allgemeinen Zollpräferenzen aufgenommen worden, das wesentliche Zollerleichterungen bei der Einfuhr in die EU beinhaltet. Mit den assoziierten Reformländern hat die EU asymmetrische Freihandelsvereinbarungen getroffen. Diese bewirken, daß gewerbliche Waren aus diesen Ländern in die EU bereits jetzt weitgehend zollfrei eingeführt werden können, während diese Länder selbst ihre Zölle gegenüber der EU erst bis zum Jahre 2001 abschaffen müssen.

Im einzelnen ergibt sich:

1. Nach einem Rückgang der Einfuhren der alten Bundesländer aus der Sowjetunion in der Zeit von 1985 bis 1988 um 50 % auf 6,9 Mrd. DM war seit 1988 wieder eine Steigerung der Importe aus der Sowjetunion bzw. ab 1992 aus den GUS-Staaten und dem Baltikum um 106 % auf 14,1 Mrd. DM zu verzeichnen. 1995 lagen die Einfuhren dementsprechend um 3,8 % höher als 1985. Die Ausfuhren aus den alten Bundesländern in das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion unterlagen von 1985 bis 1995 stärkeren Schwankungen. Seit 1993 ist jedoch eine kontinuierliche Steigerung zu verzeichnen; für den gesamten Zeitraum 1985 bis 1995 ergibt sich ein

¹⁾ Unter „Mittel- und Osteuropa“ werden im folgenden die ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Länder (einschließlich der baltischen Länder und der Balkanstaaten) sowie die GUS-Länder (Rußland und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion) verstanden.

Zuwachs von 26,6 % auf 13,3 Mrd. DM (vgl. Anlage 1).

Beim Außenhandel der DDR bzw. der neuen Bundesländer mit den Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion verlief die Entwicklung entgegengesetzt. Seit 1987 – der Zerfall des RGW warf seine Schatten voraus – gingen die Einfuhren kontinuierlich zurück. Für den Zeitraum 1985 bis 1995 ergibt sich ein Rückgang von 17,2 Mrd. DM auf 2,8 Mrd. DM, was einer Abnahme von 84 % entspricht. (Im Jahre 1995 nahmen die Importe erstmals wieder zu.)

Abgesehen von einer geringen Steigerung in 1990 (+ 7 %) ist bei den Ausfuhren aus den neuen Bundesländern in das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion seit 1985 ein stetiger Rückgang zu verzeichnen; 1995 lagen die Exporte bei 3 Mrd. DM gegenüber 17,9 Mrd. DM in 1985. Das entspricht einem Rückgang um 83 % (vgl. Anlage 2).

2. Nach einem geringfügigen Rückgang von 1985 bis 1987 weisen die Einfuhren der alten Bundesländer aus den ostmittel- und südosteuropäischen Ländern einschließlich der Nachfolgestaaten Jugoslawiens seit 1988 kontinuierliche Zuwächse auf, so daß für den gesamten Zeitraum eine Steigerung von 166 % auf 39,1 Mrd. DM zu verzeichnen ist.

Parallel dazu verlief die Entwicklung bei den Ausfuhren aus den alten Bundesländern in diese Länder. Bei positiven Steigerungsraten seit 1988 ergibt sich für den Zeitraum 1985 bis 1995 ein Zuwachs von 150 % auf 42,6 Mrd. DM (vgl. Anlage 3).

Der Außenhandel der ehemaligen DDR und der neuen Bundesländer mit den o. g. ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Ländern unterlag in der Zeit von 1985 bis 1989 geringfügigen Schwankungen, ist seit 1990 jedoch erheblich zurückgegangen. Die Einfuhren lagen 1995 mit 2,4 Mrd. DM gegenüber 1985 um 78,6 % niedriger; die Ausfuhren mit 2,0 Mrd. DM um 82,7 %. Der Tiefpunkt wurde 1993 erreicht. Gegenüber diesem Jahr ist sowohl bei den Einfuhren als auch bei den Ausfuhren wieder eine Steigerung von 47 % bzw. 48 % zu verzeichnen. Das Außenhandelsvolumen ist allerdings mit 4,4 Mrd. DM gegenüber 23 Mrd. DM in 1985 sehr gering (vgl. Anlage 4).²⁾

3. Nach den durch die starken Umwälzungen im Außenhandel der ehemaligen DDR und der anderen Länder des früheren RGW verursachten Einbrüchen im gesamten deutschen Osthandel (der alten und der neuen Bundesländer zusammengenommen) ist der Warenaustausch der Bundesrepublik Deutsch-

²⁾ Um einen Vergleich der Entwicklung des Außenhandels der neuen Bundesländer für das erste Halbjahr 1990 und früher vornehmen zu können, wurde durch das Statistische Bundesamt die Rückrechnung für alle Außenhandelsergebnisse auf der Basis

$$\frac{\text{Trf Rubel-Wert}}{4,67 \times 2,34}$$

vorgenommen. Die Verrechnung im Handel mit Jugoslawien erfolgte bis zum 1. Juli 1990 auf der Basis Clearing \$. Die Verträge auf konvertible US-\$ wurden ab 2. Juli 1990 durch Vereinbarungen zwischen den Unternehmen umgestellt.

land mit Mittel- und Osteuropa erstmals 1992 wieder angestiegen und weist seitdem – gemessen an der Zunahme des gesamten D-Außenhandels – ein überdurchschnittliches Wachstum auf. 1995 ist der Warenverkehr mit diesen Ländern um 15 % auf rd. 120 Mrd. DM angestiegen, während der deutsche Welthandel lediglich um 4 % zugenommen hat.

Eine Betrachtung der Handelsentwicklung mit den mittel- und osteuropäischen Reformländern macht deutlich, daß die Vertiefung der Handelsbeziehungen mit denjenigen Ländern die größten Fortschritte macht, die bei den marktwirtschaftlichen Reformen und bei der Stabilisierung ihrer Volkswirtschaften die größten Erfolge aufzuweisen haben. So hat sich insbesondere mit den Ländern, mit denen die Europäische Union Assoziierungsabkommen (sog. „Europaabkommen“) abgeschlossen bzw. ausgehandelt hat, der Handelsaustausch dynamisch entwickelt. Der Außenhandelsumsatz mit diesen Ländern wies 1995 eine Steigerungsrate von 22,3 % auf 84,4 Mrd. DM zum Vorjahr auf. Demgegenüber stagnierte der Handel mit den GUS-Ländern bei 30 Mrd. DM (+ 0,1 %).

Seit 1995 ist Polen größter Handelspartner Deutschlands in Mittel- und Osteuropa. Rußland ist auf den zweiten Platz zurückgefallen. Bei den deutschen Exporten steht Rußland nur noch an dritter Stelle hinter Polen und der Tschechischen Republik.

3. Wie hat sich der Handel bezüglich der einzelnen Branchen entwickelt?

(Die Darstellung soll ab 1985 beginnen und bis zur Vereinigung getrennt in DDR und Bundesrepublik Deutschland, danach in neue und alte Länder, aufgeschlüsselt sein.)

Eine Aufgliederung der Warenstruktur des deutschen Außenhandels mit den mittel- und osteuropäischen Reformländern seit 1990 zeigt, daß die deutschen Ausfuhren ganz überwiegend aus Fertigwaren bestanden. Demgegenüber ist bei den Einfuhren zu differenzieren. Die Importe aus den assoziierten Reformländern lassen insgesamt eine Steigerung des Fertigwarenteils erkennen. Dagegen dominiert bei den Einfuhren aus den GUS-Ländern nach wie vor der Rohstoff- und Halbwarenteil (vgl. im einzelnen Anlage 5 bis 9).

Für die Zeit von 1985 bis 1990 liegen der Bundesregierung keine Präsenzzahlen vor. Das Interesse an der nachgefragten branchenmäßigen Aufstellung könnte möglicherweise durch einen entsprechenden Auftrag an ein wissenschaftliches Forschungsinstitut befriedigt werden.

4. Was kann man über die Zahlungsmoral insgesamt und der einzelnen Länder sagen?

Welche Tendenz ist hier nachvollziehbar?

Nach Kenntnis der Bundesregierung kommen die mittel- und osteuropäischen Länder ihren Zahlungsverpflichtungen überwiegend regelmäßig nach.

Die Zahlungserfahrungen mit Rußland aus der Bedienung laufender Geschäfte sind durchweg gut. Die bestehenden Umschuldungsabkommen werden bedient. Die im April 1996 mit dem Pariser Club erzielte Umschuldungsvereinbarung regelt die sowjetischen Altschulden, für die Rußland die Haftung übernommen hat, umfassend und abschließend. Die Vereinbarung enthält daneben die Aufforderung an die russische Seite, mit den privaten Gläubigern über die unversicherten Forderungen zu einer Einigung zu gelangen. Auch die Bundesregierung dringt auf eine schnelle Regelung dieser Frage, die beträchtliches Kooperationspotential blockiert.

Bei einigen GUS-Staaten hat es wiederholt Zahlungsrückstände aus bundesgedeckten Exportgeschäften gegeben, die jedoch zu einem wesentlichen Teil wieder abgebaut werden konnten.

Bei einigen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens bestehen zum Teil sowohl aus laufenden Umschuldungen als auch aus Neugeschäften Zahlungsrückstände. Nach Klärung und Festigung der politischen Situation in diesen Ländern erwartet die Bundesregierung eine Regulierung dieser Außenstände.

Bezüglich der übrigen ostmittel- und südosteuropäischen Länder werden bundesgedeckte Exportgeschäfte pünktlich bedient.

Die Bundesregierung hat den Eindruck, daß alle mittel- und osteuropäischen Länder sich über die Bedeutung der Einhaltung von Zahlungsverpflichtungen im klaren sind. Auch diejenigen Reformländer, die sich als Folge eines bruchhaften Verlaufs der marktwirtschaftlichen Umstrukturierung besonderen Finanzierungsengpässen gegenübersehen, sind offensichtlich bestrebt, Zahlungsverzögerungen und die damit einhergehende Minderung der Kreditwürdigkeit wenn irgend möglich zu vermeiden.

Zum Zahlungsverhalten gegenüber der privaten Wirtschaft vergleiche die Ausführungen zu den Fragen 11 und 12.

5. Welches Volumen hat der Handelsaustausch mit baltischen Republiken, GUS, osteuropäischen Staaten im Vergleich zu anderen Staaten in Europa und in der Welt?

Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Mittel- und Osteuropa hat mittlerweile ein Volumen von rd. 120 Mrd. DM erreicht (vorläufiges Ergebnis für 1995) und macht somit rd. 9 % des gesamten deutschen Außenhandels aus. Im Vergleich dazu betrug das Außenhandelsvolumen 1995 mit Frankreich 152,6 Mrd. DM (11,2 %), Italien 107,5 Mrd. DM (8 %), Niederlande 107,3 Mrd. DM (7,9 %), USA 99,5 Mrd. DM (7 %), Großbritannien 98,5 Mrd. DM (7,2 %) (vgl. Anlage 10).

Der Anteil des Außenhandels mit den mittel- und osteuropäischen Ländern am deutschen Welthandel ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Die Bundesregierung geht davon aus, daß er in Kürze 10 % übersteigen wird.

Weitere Entwicklung

6. Wie sind die Prognosen der Bundesregierung für die weitere Entwicklung des Handels?

Die Entwicklung des Außenhandels einer Volkswirtschaft ist eng mit dem wirtschaftlichen Wachstumsprozeß und der Investitionstätigkeit im Lande verknüpft. Ein Blick auf die aktuelle Entwicklung des BIP in den Reformländern sowie die diesbezüglichen Prognosen lassen erwarten, daß auch der Handel weiter zunehmen wird.

Im letzten Jahr konnte der Handel Deutschlands mit den ostmittel- und südosteuropäischen Ländern deutlich zulegen, während der Handel mit den GUS-Ländern insgesamt stagnierte (vgl. Ausführungen zu den Fragen 1 und 2). Im weltweiten Handel konnten die mittel- und osteuropäischen Reformländer ihre Exporte ebenfalls deutlich steigern. Die Gesamtimporte haben allerdings in noch stärkerem Maße zugenommen.

Die größten Handelspartner und wichtige Investoren kommen aus den Staaten der EU. Dies ist eine Folge der Neuorientierung der Außenhandelsströme der ehemaligen RGW-Länder sowie der von der EU ihnen gegenüber verfolgten Politik der Marktöffnung. Die Perspektiven für die weitere Entwicklung der Handelsbeziehungen der Reformländer sind aufgrund dieser Zusammenhänge auch von der konjunkturellen Entwicklung in der EU abhängig.

Insgesamt deuten die meisten Anzeichen auf eine Fortsetzung des BIP-Wachstums in den ostmittel- und südosteuropäischen Ländern sowie auf eine allmähliche Stabilisierung in den GUS-Staaten hin. Die Bundesregierung teilt die Auffassung internationaler und nationaler Institutionen (OECD, ECE, Wirtschaftsforschungsinstitut Halle), daß ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum in der Region zwischen 2 % und 4 % möglich ist, wenn der marktwirtschaftliche Reformkurs konsequent fortgesetzt wird und die konjunkturellen Aufwärtstendenzen in Westeuropa anhalten. Für die der EU assoziierten Reformländer erscheint sogar eine durchschnittliche BIP-Steigerung von 5 % möglich.

Unter diesen Voraussetzungen kann der deutsche Handel mit Mittel- und Osteuropa bis zum Jahre 2000 ein Volumen von rd. 250 Mrd. DM erreichen.

7. Wie wird die Entwicklung prognostiziert bezüglich der Länder Rußland, Weißrußland, Ukraine, Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn, Rumänien und den baltischen Staaten?

Die bisherige Entwicklung des deutschen Handels mit Mittel- und Osteuropa weist überdurchschnittliche Steigerungsraten auf, insbesondere mit den Ländern, die auf ihrem Reformkurs am weitesten fortgeschritten sind (vgl. Tabelle 11). In diesen Ländern ist 1995 das BIP gestiegen. Die Privatisierung der Wirtschaft wurde fortgeführt; auf den privaten Sektor entfällt inzwischen mehr als die Hälfte des BIP dieser Länder.

Die Entwicklung in den GUS-Ländern verlief dagegen weit weniger positiv. Das BIP ist – mit Ausnahme von Moldau und Armenien – zurückgegangen, was sich auch im Handel mit Deutschland widerspiegelt. Allerdings gibt es Anzeichen, daß der Abwärtstrend in den meisten Ländern zum Stillstand kommt.

Rußland

Das deutsch-russische Handelsvolumen hat 1995 im Vergleich zu 1994 stagniert. Als Abnehmer deutscher Waren ist Rußland 1995 erstmals hinter Polen und Tschechien zurückgefallen. Das deutsche Defizit im Handel mit Rußland hat sich auf rd. 2,8 Mrd. DM erhöht. Rußland besitzt jedoch sowohl als Produzent/Lieferant wie als Absatzmarkt ein Potential, das bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Die weitere Entwicklung wird wesentlich von der Stabilität der binnenwirtschaftlichen Situation Rußlands abhängen, die ihrerseits eng mit den allgemeinen innenpolitischen Verhältnissen Rußlands, insbesondere mit dem Fortgang der Wirtschaftsreform verbunden ist. Eine Fortsetzung der Wirtschaftsreform unter gesicherten innenpolitischen Rahmenbedingungen würde vermutlich die Inlandsnachfrage Rußlands deutlich erhöhen. Es ist zu erwarten, daß diese Nachfrage dann auch auf den Investitionsgüterbereich übergreifen würde, der derzeit durch eine ausgeprägte Nachfrageschwäche gekennzeichnet ist. Von einer solchen Verstetigung der Wirtschaftsentwicklung würde auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit Rußlands mit dem Ausland profitieren (u. a. Joint ventures), mit entsprechenden Rückwirkungen auf den Außenhandel. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß die Bedeutung der russischen Föderationssubjekte (Regionen) im russischen Außenhandel weiter zunehmen wird.

Ukraine

Der deutsch-ukrainische Warenverkehr konnte 1995 gegenüber dem Vorjahr um 5,6 % gesteigert werden. Bei den deutschen Exporten in die Ukraine ließ sich nur eine geringe Zunahme verzeichnen (1,3 %), während die deutschen Importe aus der Ukraine um 20,5 % gestiegen sind. Der deutsche Handelsüberschuß verringerte sich dadurch auf rd. 800 Mio. DM. Die ukrainische Wirtschaft zeigt eine Tendenz zur Stabilisierung. Das Land verfügt über beträchtliches Entwicklungspotential. Wenn dieses voll genutzt wird, könnte sich in Zukunft der Handel erheblich ausweiten. Voraussetzung ist, daß der im Sommer 1994 begonnene Reformkurs entschlossen fortgeführt wird und sich damit auch die allgemeinen Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Handeln allmählich verbessern.

Weißrußland

Der deutsch-weißrussische Warenverkehr hat 1995 im Vergleich zu 1994 um ein Drittel zugenommen. Weißrußland nimmt damit unter den GUS-Ländern die dritte Position als deutscher Handelspartner nach Rußland und der Ukraine und z. B. weit vor Usbekistan und Kasachstan ein. Bei einem Handelsvolumen von rd. 1,6 Mrd. DM beläuft sich der deutsche Handelsbilanzüberschuß auf rd. 460 Mio. DM.

Es ist davon auszugehen, daß der Warenverkehr weiter zunehmen wird. Eine Beschleunigung der noch zögerlichen wirtschaftlichen Reformpolitik, insbesondere eine zügigere Privatisierung, könnte diese Tendenz verstärken. Weißrußland hat auch als Transitland Perspektiven (u. a. Verkehrskorridor Berlin–Warschau–Minsk–Moskau).

Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Baltische Staaten, Slowenien (EU-assozierte Länder)

Die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Ländern, die das gemeinsame Merkmal eines Assoziierungsverhältnisses zur EU aufweisen, hat sich 1995 mit Ausnahme Lettlands zum Teil deutlich gebessert. Die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts gegenüber 1994 lag zwischen 1 % (Ungarn) und 7 % (Polen) bzw. 7,4 % (Slowakei); Lettland hatte einen Rückgang von 2 % zu verzeichnen. Das Wachstum in den Reformländern wird von steigender Industrieproduktion und steigenden Exporten getragen. Gleichzeitig steigen die Importe von Investitions- und Konsumgütern. Die Handels- und Leistungsbilanzen sind allerdings fast überall negativ.

Die assoziierten Länder stellen sich schon jetzt auf eine immer engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ein. Sie sind bemüht, mit Unterstützung der EU möglichst bald die Beitrittsvoraussetzungen zu erfüllen. Die von der EU beschlossene Vor-Beitrittsstrategie sowie die Angleichung der rechtlichen Bestimmungen in diesen Ländern an die EU-Bestimmungen werden intensivere Wirtschaftsbeziehungen zur EU und zu Deutschland zur Folge haben. Auch die voraussichtliche weitere Zunahme von EU- und deutschen Investitionen in den assoziierten Ländern werden sich stimulierend auf den Handel auswirken. Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, daß der derzeitige Trend hoher jährlicher Steigerungsraten im deutschen Warenverkehr mit diesen Ländern mindestens bis zum Ende des Jahrtausends anhält.

8. Sieht sie besondere Schwierigkeiten und Hemmnisse, weshalb ein größerer Warenaustausch nicht möglich ist?

Falls ja, wie sehen diese Hemmnisse aus?

Der Handel mit Mittel- und Osteuropa weist bei regionaler Untergliederung die höchste Steigerungsrate im deutschen Welthandel auf. Die Bundesregierung ist der Auffassung – wie im einzelnen zur vorangehenden

Frage dargelegt –, daß die Aussichten für die Aufrechterhaltung dieser überdurchschnittlichen Wachstumsdynamik gut sind.

Neben der überwiegend erfolgreichen marktwirtschaftlichen Umstrukturierung haben dazu auch maßgeblich die neuen Abkommen der Europäischen Union mit den Reformländern beigetragen.

1. Die mit den Ländern Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen und Slowenien geschlossenen Assoziierungsabkommen sehen im gewerblichen Bereich einen asymmetrischen Abbau aller Handelsschranken durch die Vertragspartner mit dem Ziel des Freihandels vor. Die EU hat mit Ausnahme von Textil- und EGKS-Produkten (hier laufen die Beschränkungen Ende 1997 aus) bereits alle Zölle und mengenmäßigen Beschränkungen im Handel mit diesen Ländern aufgehoben. Im Agrarsektor wurden reziproke Marktzugangserleichterungen eingeräumt, die in sensiblen, konkurrierenden Bereichen durch Zollkontingente begrenzt sind.

Den assoziierten Ländern wurde mit Rücksicht auf ihren marktwirtschaftlichen Anpassungsbedarf eine Übergangsfrist für entsprechende Maßnahmen bis Ende 2001 eingeräumt.

Die Bundesregierung unterstützt weiterhin eine auf Abbau aller Handelshemmnisse gegenüber den assoziierten Ländern gerichtete EU-Handelspolitik, wobei die Grundprinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik zu berücksichtigen sind.

Im Handelsteil der Europaabkommen ist für die Übergangsperiode bis zum zugesagten EU-Beitritt der assoziierten Länder die Möglichkeit von Antidumping-Verfahren und von Schutzklausel-Verfahren vorgesehen.

Die EU hat sich gegenüber den assoziierten Ländern verpflichtet, daß die Europäische Kommission vor der Einleitung von Antidumping-Verfahren eine Unterrichtung vornimmt. Dadurch sollen Antidumping-Maßnahmen möglichst gering gehalten werden.

Insgesamt sind es derzeit die assoziierten Länder – wenn man die Antidumping-Verfahren ausklammert –, die von den in den Abkommen vorgesehenen Schutzmaßnahmen Gebrauch machen. Verschiedentlich wurden besondere Importabgaben eingeführt und Importkontingente festgelegt. Auch die Einführung von Zertifizierungspflichten, die z. B. von Polen beschlossen, in ihrer Anwendung allerdings vorläufig ausgesetzt sind, entfaltet handelshemmende Wirkungen.

Die in den Europaabkommen vereinbarten Assoziierungsräte und -ausschüsse sowie die übrigen Konsultationsmechanismen haben sich in der Praxis als wirksame Instrumente erwiesen, um für solche mit der fortschreitenden wirtschaftlichen Verflechtung zwischen EU und assoziierten Ländern verbundene Probleme schnelle und einvernehmliche Lösungen zu finden.

2. Mit den meisten anderen Reformländern hat die EU nichtpräferentielle Abkommen geschlossen, in denen der Handel dem Prinzip der Meistbegünstigung folgt.

Mit der Mehrzahl der GUS-Länder, insbesondere auch Rußland und Ukraine, wurden dementsprechend bereits Partnerschafts- und Kooperationsabkommen geschlossen, deren Handelsteil schon vor der Ratifizierung durch Interimsabkommen in Kraft gesetzt wird. Diese Abkommen sehen weitreichende Konsultationspflichten beider Vertragsseiten vor, die u. a. in regelmäßig stattfindenden Gemischten Kommissionen und Ausschüssen praktiziert werden. Auf diese Weise ist dafür Sorge getragen, daß auftauchende Hindernisse für eine Ausweitung des Handels der EU-Mitgliedstaaten mit diesen Ländern schnell ausgeräumt werden können.

In den Abkommen mit Rußland, Ukraine, Weißrußland und Moldawien ist darüber hinaus festgelegt, daß 1998 Gespräche aufgenommen werden, um die Aufnahme von Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone zu prüfen.

Die Bundesregierung bleibt ihrer Linie verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß die EU ihre bisherige Politik eines möglichst weitgehenden Abbaus von Handelsschranken auf beiden Seiten auch gegenüber den nicht assoziierten Reformländern fortsetzt.

3. Generell ist zu bemerken, daß die in vielen mittel- und osteuropäischen Reformländern immer noch häufigen Änderungen des Außenhandelsregimes sich hemmend auf die Handelsgeschäfte der Unternehmen auswirken. Die Bundesregierung ist bemüht, in ihren bilateralen Kontakten auf die Notwendigkeit einer Verstetigung der Rechtsvorschriften im Außenhandel hinzuweisen.

Fortbestehende Defizite bei der Qualität und Vermarktung von Produkten schmälern immer noch die potentiellen Anteile der Reformländer auf dem deutschen Markt. Einige Reformländer, insbesondere diejenigen mit merklichen Erfolgen bei der Privatisierung der Wirtschaft, bauen diese Defizite zügig ab und sind auf dem Weg zu voller internationaler Wettbewerbsfähigkeit.

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, daß auch die anderen Reformländer mit fortschreitender Umstrukturierung ihrer Wirtschaft ihre internationale Konkurrenzfähigkeit und damit ihren Zugang auf den deutschen und EU-Markt verbessern werden.

9. Welche Selbsthilfeorganisationen der Wirtschaft zur Belebung des Handels mit dem Osten Europas gibt es?
10. Wie sind diese Organisationen der westdeutschen Wirtschaft aufgebaut, und wie funktionieren sie?

Insgesamt befassen sich nach nicht-amtlichen Erhebungen in Deutschland rd. 600 nicht-staatliche Organisationen mit den Beziehungen zu Ländern und

Regionen in Mittel- und Osteuropa. Nachfolgend werden die wichtigsten Selbsthilfeorganisationen der Wirtschaft und ihre Arbeitsweise aufgeführt, soweit sie übergeordnete Relevanz für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa haben.

Generell ist vorab zu bemerken, daß es keine Organisationen gibt, die reine Gründungen der Wirtschaft in den alten Bundesländern sind und sich die Förderung der geschäftlichen Interessen westdeutscher Unternehmen in Mittel- und Osteuropa zum Ziel setzen. Insgesamt ist festzustellen, daß in den neuen Bundesländern weitaus mehr regionale Initiativen zur Förderung der Unternehmenskooperation mit Mittel- und Osteuropa ergriffen wurden als in den alten Bundesländern.

1. Die älteste Selbsthilfeorganisation ist der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft, der bereits im Jahre 1952 gegründet wurde. Seine Trägerverbände sind der Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. (BDI), der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT), der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e. V. (BGA), der Bundesverband deutscher Banken e. V. (BdB) und die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e. V. (AVE).

Der Ost-Ausschuß setzt sich nach seinem Selbstverständnis die Bündelung deutscher wirtschaftlicher Interessen in Mittel- und Osteuropa zum Ziel. Kernstück seiner Organisation sind Länder-Kreise, die der Förderung der Unternehmenskooperation mit den einzelnen mittel- und osteuropäischen Ländern dienen.

2. Zur Umstellung und Fortentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa unter marktwirtschaftlichen Bedingungen und insbesondere zur Wiederbelebung des Handels der neuen Bundesländer wurde 1991 gemeinsam von BDI, DIHT und dem Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft auf Anregung und mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung das Kooperationsbüro der Deutschen Wirtschaft in Berlin gegründet.

Schwerpunkt der Arbeit des Kooperationsbüros ist die Unterstützung deutscher und mittel- sowie osteuropäischer Unternehmen beim Aufbau direkter Zuliefer- und Kooperationsbeziehungen. Es ist Informations- und Dienstleistungszentrum für alle diese Aufgaben berührenden Fragen und gibt vor allem mittelständischen Unternehmen Markteinstiegshilfen zur Erschließung oder Wiedergewinnung von Märkten in Osteuropa.

3. Mit dem Ziel der Förderung und Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Reformländern wurden mit Unterstützung der Bundesregierung bislang drei bilaterale Kammern (Budapest, Prag, Warschau) sowie insgesamt zwölf Delegationenbüros und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft (Moskau, St. Petersburg, Kiew, Warschau, Sofia, Preßburg, Bukarest, Tallinn, Riga, Vilnius, Almaty, Taschkent) gegründet bzw. eingerichtet. Sie haben die Aufgabe, die bilateralen Handels- und

Kooperationsbeziehungen zu fördern. Sie sind mittlerweile zu wichtigen Anlaufstellen vor Ort geworden und stellen ihre Dienstleistungen insbesondere auch der an Geschäften mit Mittel- und Osteuropa interessierten mittelständischen Wirtschaft zur Verfügung.

4. Die Bundesregierung begrüßt darüber hinaus jede Eigeninitiative der Wirtschaft zur Nutzung der geschäftlichen Chancen mit Mittel- und Osteuropa, die ohne finanzielle Förderung des Bundes auskommt. Dazu gehören auch Firmenpools, zu denen sich mittelständische deutsche Unternehmen zusammenschließen.

Die Philosophie dieser Firmenpools besteht darin, durch gemeinsame Präsenz vor Ort für mehrere in einem Pool zusammengefaßte Unternehmen die Kosten und Risiken der Markterschließung auf ein kalkulierbares Maß zu reduzieren. Durch Austausch von Informationen der beteiligten Unternehmen untereinander sowie Kostenteilung bei gemeinsamen Präsentationen ergeben sich zusätzliche Synergieeffekte. Die Finanzierung der Firmenpools erfolgt in der Regel über feste Jahresbeiträge der Poolmitglieder. Einige Bundesländer gewähren dazu finanzielle Hilfen.

5. Ferner ist zu erwähnen, daß in den neuen Bundesländern – mit Ausnahme Sachsen-Anhalts – spezielle Außenwirtschaftsfördergesellschaften gegründet wurden, an denen sich die Landesregierungen finanziell beteiligen. Diese Gesellschaften sollen ostdeutsche Unternehmen bei ihren Bemühungen unterstützen, neue Märkte für ihre Produkte zu erschließen bzw. auch traditionelle Märkte zu reaktivieren.

Im Zentrum der Aktivitäten dieser Gesellschaften steht die Unterstützung bei der Anbahnung von Auslandsgeschäften, wobei das Spektrum von der Information und Beratung über die Marktzugangsbedingungen bis zur Kontaktvermittlung zu Kooperationspartnern und Handelsvertretern reicht und auch Werbungs- und Marketingmaßnahmen sowie Bedarfsermittlungen und -analysen einschließt.

6. Im September 1994 haben der DIHT und eine große Anzahl ost- und westdeutscher Unternehmen die Deutsche Clearing- und Countertrade GmbH (DCCG) gegründet, deren Ziel es ist, durch umfangreiche Warenaustauschprogramme neues Finanzierungspotential für das Ostgeschäft zu erschließen.
7. Darüber hinaus widmet sich eine Vielzahl von – teilweise regional oder sektoral spezialisierten – Wirtschaftsverbänden und -vereinigungen, wie z. B. der Ost- und Mitteleuropa Verein e. V., der Förderung des Handels mit Mittel- und Osteuropa.

11. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, wie die Risikobewertung der Geschäfte durch die privaten Hilfsorganisationen, Hilfseinrichtungen für den Osthandel, vorgenommen werden?

Die Bundesregierung geht davon aus, daß mit der Frage auf die Risikoeinschätzung durch Selbsthilfeeinrichtungen der Wirtschaft abgezielt wird.

1. Nach Kenntnis der Bundesregierung sind diese Einrichtungen laufend damit befaßt, Bewertungen der Möglichkeiten bzw. Risiken von Geschäften mit Mittel- und Osteuropa vorzunehmen. Sie teilen die Ergebnisse den interessierten Unternehmen in ihren Publikationen mit.

Neben volkswirtschaftlichen Kriterien, wie der Entwicklung von Sozialprodukt, Industrieproduktion und Kaufkraft, werden insbesondere die rechtlichen Rahmenbedingungen in die Analyse einbezogen, wie z.B. Aufbau und Vollzug der gesetzlichen Regelungen im Wirtschaftsverkehr (Handels-, Niederlassungs-, Investitionsrecht) und der Privatisierungsstand. Soweit möglich wird auch eine branchenspezifische Risikobewertung vorgenommen.

2. Der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft ist in einer Unternehmens-Umfrage zum Stand der Geschäftsbeziehungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas zu folgenden Erkenntnissen gelangt:

Die Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit werden durch deutsche Unternehmen am positivsten in der Tschechischen Republik, in Polen, in Slowenien, in Ungarn und der Slowakei eingeschätzt (alle über 50% positive Bewertung). Eher problematisch stellt sich die Lage aus der Sicht der Firmen in Albanien und in den GUS-Staaten mit Ausnahme Rußlands dar, das eine gemischte Beurteilung erfahren hat.

Nach den Aussagen der Unternehmen liegen die administrativen und praktischen Hindernisse im Geschäftsverkehr mit den mittel- und osteuropäischen Ländern hauptsächlich in den Bereichen Importzölle, Zertifizierung, Transport und Korruption; von einigen Firmen wird auch das Thema Schutzgelderpressung genannt.

3. Erhebungen von Fachverbänden kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

In den ostmitteleuropäischen Ländern Polen, Tschechien und Ungarn nähern sich Finanzierungen von Außenhandelsgeschäften den internationalen Usancen. In Südosteuropa besteht demgegenüber ein vergleichsweise höheres Absicherungsbedürfnis gegenüber Finanzierungsrisiken. In den GUS-Ländern gibt es einen großen Anteil von strukturierten Finanzierungen, die auf den konkreten Geschäftsgegenstand zugeschnitten sind und auch Barter-Konstruktionen mit einbeziehen.

12. Wie stellt sich die Vorfinanzierung dar?

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, welchen Anteil Banken haben, welchen Kreditversicherer bzw. ob andere Beteiligte ebenfalls vorfinanzieren, ggf. wie?

Bei der Vorfinanzierung von Geschäften in Mittel- und Osteuropa muß differenziert werden. Soweit es sich um Vorfinanzierung der Produktionskosten oder Geschäftsanbahnungskosten handelt, liegt diese naturgemäß beim Lieferanten eines Produktes. Wie diese Kosten im einzelnen finanziert werden – in der Regel über die Hausbank –, darüber liegen der Bundesregierung keine gesicherten und allgemeingültigen Erkenntnisse vor.

Soweit es sich um Vorfinanzierung seitens des Abnehmers handelt, ist diese maßgeblich von der Risikolage in den einzelnen Reformländern abhängig. Bei Lieferungen in einige GUS-Länder vereinbaren deutsche Verkäufer bisweilen, daß zunächst Vorkasse erbracht wird, bevor die Ware versandt wird. Diese Form der Vorfinanzierung kommt nach Information der Bundesregierung in den assoziierten Reformländern nur selten vor.

Die Gewährung einer Ausfuhrgarantie des Bundes (Hermes) setzt bei Kreditgeschäften mit Laufzeiten von über zwei Jahren entsprechend internationalen Vereinbarungen (OECD-Konsens für Exportkreditbedingungen) grundsätzlich eine Anzahlung von 15% des Exportauftragswertes voraus. Die Finanzierung dieser Anzahlung ist nach gängiger Erfahrung im Vergleich mit der für die Hermes-Gewährung ebenfalls notwendigen Staatsgarantie ein nachrangiges Problem.

Welche Anteile deutsche Banken oder Banken in den Reformländern an der Vorfinanzierung haben, entzieht sich der Kenntnis der Bundesregierung. Das gleiche gilt für die Frage, ob sich Kreditversicherer oder andere Beteiligte an Vorfinanzierungen beteiligen.

13. Gibt es Infrastrukturprojekte mit deutscher Beteiligung?

Wie sieht hier die Vorfinanzierung aus?

Werden – und wenn ja, dann wie – diese Projekte nach Beendigung der Finanzierung betreut bzw. beobachtet?

Der Bundesregierung liegen nur lückenhafte Informationen über deutsche Beteiligungen an Infrastrukturprojekten in Mittel- und Osteuropa vor.

1. Die Regierungen der Reformländer gehen allgemein die Verbesserung der Infrastruktur als wesentlichen Bestandteil ihrer Bemühungen um die marktwirtschaftliche Restrukturierung der Volkswirtschaft und als öffentliche Aufgabe an. Infolge ausgeprägten Kapitalmangels sind sie jedoch nur in eingeschränktem Umfang in der Lage, die Modernisierung der Infrastruktur zu finanzieren. In den letzten Jahren haben sich daher immer mehr multilaterale Institutionen an der Finanzierung von Infrastrukturprojekten in den Reformländern beteiligt. Hier sind in erster Linie die Weltbank und die Londoner Osteuropabank (EBRD) zu nennen. An entsprechenden Vorhaben sind auch deutsche Unternehmen beteiligt.

Größter Geldgeber für die Durchführung von Infrastrukturvorhaben in Mittel- und Osteuropa ist die Europäische Union und ihre Organe.

Das PHARE-Programm für die assoziierten Länder und die Länder des ehemaligen Jugoslawiens sowie Albanien kann mittlerweile 25 % seiner Mittel für Infrastrukturprojekte aufwenden.

Das TACIS-Programm für die GUS-Länder kann insgesamt 10 % seiner Mittel für Infrastrukturprojekte (und zur Förderung von Projekten mit kleineren und mittleren Unternehmen) einsetzen.

Die Europäische Investitionsbank (EIB) beteiligt sich an der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben in den assoziierten Ländern.

2. Privates Kapital steht nach Kenntnis der Bundesregierung bislang noch in relativ geringem Maße für die Infrastrukturfinanzierung in Mittel- und Osteuropa zur Verfügung. Allerdings zeigen westliche Unternehmen eine zunehmende Tendenz, sich an Infrastrukturvorhaben zu beteiligen. Der Schwerpunkt deutscher privatwirtschaftlicher Aktivitäten liegt in Ungarn, Tschechien und Polen, wo sich deutsche Firmen – durchweg mit einheimischen, bisweilen auch mit anderen westlichen Partnern – in den Sektoren Telekommunikation, Energieversorgung und Verkehr engagieren.

Die Bundesregierung setzt im übrigen darauf, daß mit dem Inkrafttreten der Europäischen Energiecharta Privatkapital zunehmend in den Ausbau eines West- und Osteuropa umfassenden Energieverbundnetzes fließt.

3. Die Bundesregierung hat Ungarn einen ungebundenen Finanzkredit in Höhe von 500 Mio. DM gewährt, mit dem hauptsächlich Infrastrukturprojekte gefördert werden sollen.

Im übrigen stehen das Hermes-Instrumentarium und Kapitalanlagegarantien naturgemäß auch für Infrastrukturvorhaben zur Verfügung.

Soweit die Bundesregierung an der Finanzierung von Infrastruktur entsprechend o. a. Darstellung beteiligt ist, achtet sie auf sach- und zweckgemäße Mittelverwendung.

4. Die Bundesregierung ist im einzelnen nicht unterrichtet, wie internationale und multilaterale Organisationen Infrastrukturprojekte nachbetreuen. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß diese Organisationen durchweg über Evaluierungseinheiten verfügen, deren Aufgabe in der Überprüfung der Zweckerreichung eines Vorhabens bestehen.

Soweit privatwirtschaftliche Geldgeber sich an Infrastrukturfinanzierung beteiligen, ist davon auszugehen, daß eine Nachbetreuung nach Fertigstellung des Vorhabens zumindest solange erfolgt, bis die Kreditbeziehungen abgewickelt sind.

14. Wie hat sich die Hermes-Kreditversicherung entwickelt?

Welches Volumen wurde nachgefragt?

Welches Volumen wurde versichert?

Wie teilt sich das Volumen nach Betriebsgrößen und auf West- bzw. Ost-Deutschland auf?

Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung deutsche Exportgeschäfte nach Mittel- und Osteuropa in Höhe von 3,4 Mrd. DM (1994 5 Mrd. DM) endgültig in Deckung genommen. Das insgesamt rückläufige Deckungsvolumen ist insbesondere auf die Zurückhaltung der russischen Regierung bei der Abgabe von Staatsgarantien für neue Kredite zurückzuführen. Daneben hat eine Verbesserung bei der Einschätzung des Länderrisikos bei einzelnen ostmitteleuropäischen Ländern zu einer wachsenden Abwicklung von Geschäften ohne Hermes-Absicherung geführt.

Von den 1995 gedeckten Hermes-Geschäften entfallen etwa je die Hälfte auf die alten und neuen Bundesländer. Angaben über die Betriebsgröße der antragstellenden Unternehmen werden nicht erfaßt.

Insgesamt ist festzustellen, daß im abgelaufenen Jahr kein Hermes-Antrag wegen Mittelerschöpfung zurückgewiesen werden mußte.

15. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über ein nicht ausgeschöpftes Handelsvolumen, wenn eine höhere Abdeckung des verbleibenden Risikos gegeben wäre?

Die von der Bundesregierung bereitgestellten Hermes-Deckungsmöglichkeiten haben ausgereicht, den Absicherungsbedarf der deutschen Wirtschaft in den mittel- und osteuropäischen Staaten einschließlich der GUS-Länder zu erfüllen. Zum Teil wurden als Folge der Zurückhaltung einiger Reformländer bei der Aufnahme neuer staatsverbürgter Kredite die Deckungsmittel nicht voll ausgeschöpft.

Angesichts dieser Sachlage erübrigt sich die Frage, ob eine Modifizierung der Hermes-Konditionen zu zusätzlichem Handelsvolumen geführt hätte.

16. Kommt die Bundesregierung unter Betrachtung der privatwirtschaftlich organisierten Osthandelseinrichtungen zu einer anderen Bewertung der Handelsentwicklungsgesellschaften, wie sie in der Bundestags-Drucksache 12/4270 gefordert worden war?

Nach dem in der Drucksache 12/4270 beschriebenen Konzept sollen Handelsentwicklungsgesellschaften (HEG) zum einen ostdeutsche Unternehmen aktiv in einer Überbrückungszeit dabei unterstützen, Exportgeschäfte in die dort genannten Länder anzubahnen. Zum anderen sollen sie auch Unternehmen in diesen Ländern bei der Umstrukturierung und der Anbahnung von Geschäftskontakten mit ostdeutschen Unter-

nehmen unterstützen. Die finanzielle Ausstattung der HEG soll so bemessen sein, daß sie in der Lage sind, die finanzielle Abwicklung von Geschäften über Investitionsgüter selbst zu übernehmen. Dabei soll es den HEG gestattet sein, Gegengeschäfte einzugehen, die neben Waren auch den Erwerb von Unternehmensbeteiligungen und von Grundstücken einschließen.

1. Unter Berücksichtigung der seit dem Antrag erfolgten Entwicklung ist festzustellen, daß die Unternehmen aus den neuen Ländern im Begriff sind, ihr Liefervolumen in die mittel- und osteuropäischen Länder (incl. GUS-Staaten) zu stabilisieren. Die Maßnahmen zur Außenwirtschaftsförderung in den neuen Ländern beginnen zu greifen. Insofern sieht die Bundesregierung keine Notwendigkeit für die Schaffung neuer kostspieliger Förderungsinstrumente. Im übrigen erscheint zweifelhaft, ob das vorgeschlagene Konzept der HEG qualitativ mehr leisten kann als die bestehenden Maßnahmen zur Außenwirtschaftsförderung und spezielle Rahmenvereinbarungen, wie sie die BvS (Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben) bereits mit einigen russischen Regionen abgeschlossen hat. Hinzu kommt, daß die vorgesehene Erbringung der Gegenleistungen (Waren, Unternehmen, Grundstücke) und der notwendige Aufbau einer Infrastruktur (Büros, Mitarbeiter) eine Reihe von kritischen Fragen aufwerfen:

- Attraktive Rohstofflieferungen oder andere marktgängige Waren werden, wenn aus Bundesmitteln finanzierte deutsche Exporte als Vorleistungen erst einmal erbracht sind, nach bisheriger Erfahrung nicht in ausreichendem Maße als Gegenleistung zur Verfügung stehen.
- In den Ländern, bei denen vorläufig noch ein Interesse an Clearing-Vereinbarungen bestehen könnte, sind attraktive Unternehmensbeteiligungen nicht in ausreichendem Maße als Gegenleistung für deutsche Exporte erkennbar.
- In GUS-Staaten ist der Grundstückserwerb für Ausländer immer noch nicht unmittelbar möglich, so daß auch Grundstücke oder die Besicherung von Grundstücken als Gegenleistung nicht angenommen werden können.
- Der Aufbau einer Infrastruktur für HEG in GUS- und einzelnen MOE-Staaten bedeutet die mit erheblichen dauerhaften Kosten verbundene Bereitstellung von Büros und qualifizierten Mitarbeitern. Eine solche neu zu schaffende Infrastruktur würde darüber hinaus mit bestehenden Handelsförderungsinstitutionen wie Auslands-handelskammern und Delegiertenbüros konkurrieren, die größtenteils aus Haushaltsmitteln finanziert werden.

Daraus ergibt sich, daß einem erheblichen Finanzierungsaufwand äußerst unsichere Gegenwerte gegenüberstehen. Es wäre über einen nicht absehbaren Zeitraum mit hohen finanziellen Verlusten und der Notwendigkeit entsprechender Subventionierung aus öffentlichen Mitteln zu rechnen. Die Bundesregierung hält daher an ihrer Auffassung

fest, daß Handelsentwicklungsgesellschaften keinen sicheren Beitrag zur Entwicklung des Außenhandels der neuen Länder leisten und zugleich mit hohen Haushaltsbelastungen verknüpft sind.

2. Gegen eine staatliche Beteiligung an HEG spricht auch, daß die Abwicklung von Gegengeschäften schon jetzt professionell und effektiv durch bereits existierende und im Kompensationshandel erfahrene Handelshäuser erfolgt. Die Leistungspalette dieser Unternehmen steht auch kleinen und mittleren Unternehmen offen, die häufig mit Kompensationsgeschäften als Gegenleistung für ihre Lieferungen überfordert sind.
3. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß sich inzwischen aufgrund einer privatwirtschaftlichen Initiative eine HEG für Clearing-Geschäfte gebildet hat. An der Deutschen Clearing- und Countertrade GmbH (DCCG), Duisburg, die im September 1994 gegründet wurde, sind eine große Anzahl bekannter ost- und westdeutscher Unternehmen sowie der Deutsche Industrie- und Handelstag beteiligt. Ziel der DCCG ist, auf dem Wege umfangreicher langfristiger Warenaustauschprogramme neues Potential für das Ostgeschäft zu erschließen, und zwar auch zugunsten deutscher mittelständischer Unternehmen.

17. Hat die Bundesregierung Vorstellungen darüber, ob neben Hermes-Bürgschaften weitere Instrumente für einen Aufbau des Handels mit osteuropäischen Ländern notwendig sein könnten?

Falls ja, wie könnten diese Instrumente aussehen?

19. Macht die Bundesregierung besondere Anstrengungen, um den Osten Europas als Märkte für die deutsche Wirtschaft zu erschließen?

Falls ja, wie sehen diese Anstrengungen aus?

1. Nach Auffassung der Bundesregierung haben sich die traditionellen Instrumente der deutschen Außenwirtschaftsförderung im allgemeinen wie speziell auch beim Aufbau neuer Handelsbeziehungen mit den Ländern Mittel- und Osteuropas bewährt. Wie im einzelnen in der Antwort auf die Große Anfrage zur Außenwirtschaftskonzeption der Bundesregierung (Drucksache 13/1332) dargelegt, ist das Kernelement der Außenwirtschaftsförderung das Drei-Säulen-System, bestehend aus den deutschen Auslands-handelskammern bzw. den Delegierten der Deutschen Wirtschaft, der Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAI) und den deutschen Auslandsvertretungen. Weitere wichtige Instrumente zur Förderung des Außenhandels sind die Auslandsmessepolitik und die Hermes-Bürgschaften. Die Fortentwicklung und der Einsatz dieser Instrumente erfolgt in Abstimmung mit der deutschen Wirtschaft sowie mit den Außenwirtschaftsaktivitäten von Bund, Ländern und den europäischen Stellen im Rahmen der Europäischen Union.

Zur weiteren Förderung des Handels mit den mittel- und osteuropäischen Ländern plant die Bundesregierung, das bestehende Netz der deutschen Auslandshandelskammern bzw. der Delegiertenbüros sowie der BfAI-Korrespondenten in dieser Region auszubauen sowie das Informations- und Dienstleistungsangebot dieser Institutionen weiter zu steigern.

Die BfAI hat ihre Marktberichterstattung über Mittel- und Osteuropa in den letzten fünf Jahren stark erweitert. Sie bietet über alle Länder inzwischen ein breites Spektrum von geschäftspraktischen Leitfäden, Marktanalysen sowie fachlichen Einzelauskünften an. An sieben Standorten (Budapest, Kiew, Moskau, Prag, Riga, Sofia, Warschau) sind entsandte Korrespondenten mit regionaler Zuständigkeit eingesetzt, deren Information in aufbereiteter Form vor allem mittelständischen Unternehmen direkt oder indirekt über Kammern und Fachverbände laufend zur Verfügung gestellt werden. Eine weitere Intensivierung der Informationsbeschaffung zur Markterschließung und Kooperationsförderung wurde 1996 durch Festlegung neuer Arbeitsschwerpunkte eingeleitet.

2. Ein zukunftsweisendes Instrument stellen die auf Initiative der Wirtschaft und einiger Bundesländer eingerichteten Deutschen Industrie- und Handelszentren (Deutsche Häuser) dar. Sie vereinen bewährte Außenwirtschaftseinrichtungen des Bundes, der Länder und der Wirtschaft unter einem Dach und erhöhen damit die Schlagkraft unserer Außenwirtschaftsförderung. In Moskau ist ein erster Schritt zur Errichtung eines Deutschen Hauses getan worden.
3. Darüber hinaus fördert die Bundesregierung zur Ausweitung des Handels mit den Ländern Mittel- und Osteuropas spezielle außenwirtschaftliche Informations- und Beratungsveranstaltungen. Sie werden als Unternehmertreffen oder als Exportförderveranstaltungen in Verbindung mit Workshops und/oder Kooperationsbörsen durchgeführt, in Zusammenarbeit mit ausländischen Institutionen und Einrichtungen.

Diese Maßnahmen verfolgen den Zweck, deutschen und ausländischen Unternehmen Unterstützung bei Aufbau und Vertiefung von Handels- und Kooperationsbeziehungen zu gewähren. Im Jahre 1995 wurden 26 derartige Veranstaltungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern durchgeführt.

Dem Ausbau des Handels und einem erleichterten Marktzugang dient auch die finanzielle Förderung der Beteiligung von Unternehmen aus den Reformländern an Messen in Deutschland. Das betreffende Förderprogramm wird durch die Bundesregierung finanziert und durch PRO TRADE/GTZ abgewickelt.

4. Auch die mit einigen Reformländern – in denen es noch stärkeren staatlichen Einfluß auf die wirtschaftlichen Aktivitäten gibt – vereinbarten, regelmäßig tagenden Kooperationsräte und Arbeitskreise, an denen Regierungs- und Wirtschaftsver-

treter teilnehmen, geben dem Ausbau der Handels- und Kooperationsbeziehungen wichtige Impulse.

5. Neben diesen Instrumenten zur direkten Förderung des Handels mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa wirken sich auch die Aktivitäten der Bundesregierung zur Unterstützung des Reformprozesses in den Transformationsländern belebend auf den Handel mit diesen Ländern aus.

Das TRANSFORM-Beratungsprogramm, mit dem die Bundesregierung die marktwirtschaftliche Transformation in den Staaten Mittel- und Osteuropas unterstützt, hat auch handelsfördernde Auswirkungen, weil durch deutsche Beratungsleistungen auch der Boden für einen Ausbau der unternehmerischen Zusammenarbeit mit diesen Ländern bereitet wird.

6. Da die Markterschließung das vorrangige Motiv deutscher Direktinvestitionen in den mittel- und osteuropäischen Reformländern ist, fördert die Bundesregierung das investive Engagement deutscher Unternehmen in den genannten Ländern insbesondere durch den Abschluß von Investitionsschutz- und -förderverträgen, die Gewährung von Kapitalanlagegarantien gegen politische Risiken, die Zurverfügungstellung zinsvergünstigter Kredite an mittelständische Unternehmen durch die KfW sowie durch Beteiligungen und die Gewährung beteiligungsähnlicher Darlehen durch die Deutsche Entwicklungsgesellschaft DEG.
7. Die Bundesregierung fühlt sich durch die überdurchschnittliche Entwicklung des Handels mit Mittel- und Osteuropa in ihrer Auffassung bestätigt, daß ein geeignetes und ausreichendes Förderinstrumentarium zur Verfügung steht. An die Einführung neuer und zusätzlicher Instrumente ist daher derzeit nicht gedacht.

18. Wie haben sich Barter-Geschäfte mit den osteuropäischen Ländern entwickelt?

Gibt es in diesem Bereich besondere Probleme, die durch Hilfen überwunden werden könnten?

Barter- oder Kompensationsgeschäfte werden in der deutschen Handelsstatistik nicht gesondert erfaßt. Es ist deshalb nicht möglich, genauere Angaben über die wirtschaftliche Bedeutung von Bartergeschäften mit den Ländern Mittel- und Osteuropas zu machen. Schätzungen des Ost-Ausschusses auf der Basis einer Mitgliederbefragung aus dem Jahre 1993 kommen auf einen Anteil von 15 % bis 20 % im Handel mit Rußland oder 30 % und mehr im Anlagengeschäft. Noch höhere Quoten werden beim Anlagengeschäft mit anderen GUS-Staaten geschätzt. In seiner jüngsten Umfrage hat der Ost-Ausschuß auf eine Erhebung zu Bartergeschäften verzichtet. Dies ist einmal darauf zurückzuführen, daß die Bedeutung von Barter im Außenhandel der assoziierten Länder aufgrund ihrer gestiegenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutlich abgenommen hat. Im Handel der GUS-Länder haben Bartergeschäfte weiterhin Bedeutung. Allerdings ist die

Praxis schwieriger geworden. Das hängt damit zusammen, daß GUS-Unternehmen häufig ihren vertraglichen Gegenlieferungspflichten nicht nachkommen, nämlich dann nicht, wenn sie feststellen, daß Barter-Waren auch zu Marktbedingungen abgesetzt werden können.

Im übrigen sieht die Bundesregierung keine besonderen Probleme bei Bartergeschäften, die durch über den Rahmen des bestehenden Instrumentariums hinausgehende Hilfen überwunden werden müssen. Langfristig wollen die GUS-Länder vom Barter- und Kompensationshandel weg. Kasachstan hat schon jetzt Bartergeschäfte grundsätzlich untersagt. In Usbekistan besteht ein faktisches Verbot. Zugleich herrscht allerdings Übereinstimmung, daß der Kompensationshandel mit Rußland und anderen GUS-Ländern seine Bedeutung behalten wird, solange volle Währungs-konvertibilität nicht eingeführt ist.

Im Verhältnis zu den assoziierten Reformländern haben Bartergeschäfte wegen der gestiegenen Liefer- und Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder nur noch marginale Bedeutung.

Im Rahmen des Hermes-Instrumentariums bestehen seit 1992 erweiterte Absicherungsmöglichkeiten für deutsche Exportgeschäfte in die Staaten der GUS, wenn als Sicherheit für die Erfüllung des Zahlungsanspruchs Gegenlieferungen vereinbart sind (sog. Gegengeschäfte). Derartige Geschäfte mit Gegengeschäftsvereinbarung wurden 1995 in Höhe von insgesamt rd. 560 Mio. DM endgültig in Deckung genommen. Die Deckungsmöglichkeiten für Gegengeschäfte sind bis Ende 1997 befristet.

20. Wie hat sich der Osthandel unserer wichtigsten Wettbewerber in der gleichen Zeit entwickelt?

Bei einem Vergleich mit den wichtigsten im Mittel- und Osteuropahandel engagierten Ländern ergibt sich, daß Deutschland vor Italien, Großbritannien, Frankreich, USA, Japan, Österreich und Finnland im Zeitraum 1990 bis 1994 lt. OECD-Statistik stets den Spitzenplatz beim Warenumsatz mit Mittel- und Osteuropa eingenommen hat. Der Warenumsatz konnte 1994 gegenüber 1990 um 70,6 % gesteigert werden (vgl. Anlage 12).

Insgesamt hat Deutschland 1990 bis 1994 im Vergleich zu den erwähnten Ländern bei den Einfuhren die zweithöchste Steigerungsrate (+ 71,6 %) nach den USA (+ 112,4 %) erzielt; bei den Ausfuhren stand Deutschland mit + 69,8 % an erster Stelle (vgl. im einzelnen Anlage 11, auch für die nachfolgenden Ausführungen).

Das zweitgrößte Volumen beim Warenumsatz erzielte im Zeitraum 1990 bis 1994 Italien. Trotz geringfügiger Rückgänge in den Jahren 1990/91 und 1992/93 wurde ein Zuwachs von insgesamt 26,1 % erreicht. Die Einfuhren aus Mittel- und Osteuropa gingen von 1991 bis 1993 zurück und wiesen erst 1994 wieder eine steigende Tendenz auf. Bei den italienischen Exporten sind ebenfalls Schwankungen erkennbar, sie sind

jedoch im gesamten Zeitraum mit 37,9 % stärker angewachsen als die Importe (+ 16,5 %).

Die USA konnten den Warenumsatz mit Mittel- und Osteuropa im Zeitraum 1990 auf 1994 ebenfalls stark steigern (+ 53,8 %). Nach einer geringen Abnahme 1990/1991 (-1,2 %) sind seit 1992 kontinuierliche Steigerungen zu verzeichnen. Insbesondere bei den Einfuhren haben die USA kräftig zugelegt. Nach Rückgängen in den Jahren 1991 und 1992 wurden 1993 und 1994 erhebliche Zuwächse erreicht, so daß sich von 1990 auf 1994 das vorerwähnte Plus von 112,4 % ergab. Die Ausfuhren aus USA sind nach stetigen Zuwächsen bis 1993 in 1994 um 11,5 % zurückgegangen; insgesamt war von 1990 auf 1994 jedoch eine Steigerung von 17,4 % zu verzeichnen.

Beim Warenumsatz Großbritanniens mit Mittel- und Osteuropa ist nach einem Rückgang 1990/1991 seit 1992 wieder eine kontinuierliche Steigerung zu verzeichnen (bis 1994 +48,6 %, davon Importe + 35,7 %; Exporte + 64,3 %).

Der Handel Frankreichs mit Mittel- und Osteuropa war in der Zeit von 1990 bis 1994 ebenfalls Schwankungen unterworfen. Es wurde jedoch insgesamt ein Zuwachs von 16,5 % erzielt (Importe + 4,4 %; Exporte + 35,1 %).

Ebenfalls zugelegt hat der Warenumsatz Österreichs mit den mittel- und osteuropäischen Ländern. Trotz eines geringen Rückganges in 1993 wurde von 1990 auf 1994 eine Steigerung von 41,1 % erreicht (Importe + 39,5 %; Exporte + 42,3 %).

Negative Entwicklungen im Außenhandelsumsatz mit Mittel- und Osteuropa sind bei Japan und Finnland zu verzeichnen. Der japanische Warenumsatz wies von 1990 bis 1992 einen Rückgang von 31,8 % auf. Trotz des wiedereinsetzenden Wachstums seit 1993 ergab sich für den gesamten Zeitraum 1990 bis 1994 eine Abnahme von 17,8 %. Dabei sind die japanischen Exporte nach Mittel- und Osteuropa stärker zurückgegangen als die Importe von dort. Abgesehen von einem Anstieg 1992/1993 sind die Exporte von 1990 bis 1994 kontinuierlich um insgesamt 42,8 % zurückgegangen. Bei den japanischen Importen zeigt sich seit 1993 ein Aufwärtstrend; für den Zeitraum 1990 bis 1994 ergab sich eine Zunahme von 3,7 %.

Der Außenhandel Finnlands mit Mittel- und Osteuropa hat sich seit 1993 wieder von den erheblichen Einbußen ab 1990 erholt; 1994 war sogar eine Zunahme von 52,7 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Für den Zeitraum 1990 bis 1994 ergab sich dennoch insgesamt ein Rückgang von 6,5 %. Der Aufwärtstrend zeigte sich besonders bei den finnischen Exporten nach Mittel- und Osteuropa. Hier war bereits seit 1992 wieder eine Steigerung zu verzeichnen, während die Importe aus Finnland erst seit 1994 wieder zugenommen haben.

Außenhandel der alten Bundesländer mit der GUS und dem Baltikum

Mio. DM

	Gesamt	Baltikum	GUS	davon:											
				Rußland	Ukraine	Weißruß- land	Moldau	Georgien	Armenien	Aserbei- dschan	Kasach- stan	Turkme- nistan	Usbeki- stan	Tadschi- kistan	Kirgisi- stan
Einfuhr															
1985	13 629														
1986	9 299														
1987	7 261														
1988	6 878														
1989	8 392														
1990	9 117														
1991	9 899														
1992	10 051	640	9 411												
1993	10 665	736	9 929	8 456	388	308	26	5	2	17	155	61	487	18	6
1994	13 984	965	13 019	11 261	477	472	49	7	14	12	133	64	486	32	12
1995 ¹⁾	14 144	1 340	12 804	10 987	574	573	98	9	18	24	133	70	257	27	34
Ausfuhr															
1985	10 527														
1986	9 374														
1987	7 846														
1988	9 424														
1989	11 528														
1990	10 361														
1991	8 635														
1992	8 359	519	7 840												
1993	11 036	940	10 096	7 708	1 109	478	55	23	18	42	347	71	216	11	18
1994	12 960	1 381	11 579	8 397	1 339	589	82	26	22	51	500	80	442	22	29
1995 ¹⁾	13 323	1 585	11 738	8 376	1 381	873	136	47	30	70	350	76	321	32	46

Statistischer Ausweis Baltikum ab 1. Januar 1992, GUS ab 1. Mai 1992.

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Anlage 2

Außenhandel der neuen Bundesländer mit der GUS und dem Baltikum

Mio. DM

	Gesamt	Baltikum	GUS	davon:											
				Rußland	Ukraine	Weißruß-land	Moldau	Georgien	Armenien	Aserbaid-schan	Kasach- stan	Turkme- nistan	Usbeki- stan	Tadschi- kistan	Kirgisi- stan
Einfuhr															
1985	17 238														
1986	18 170														
1987	17 301														
1988	16 542														
1989	15 392														
1990	9 107														
1991	4 254														
1992	2 881	46	2 835												
1993	2 378	45	2 333	2 264	26	21	2				7	1	10	2	
1994	2 045	64	1 981	1 908	31	21	3				3	1	13	1	
1995 ¹⁾	2 769	102	2 667	2 586	38	21	4				3		13	2	
Ausfuhr															
1985	17 910														
1986	16 727														
1987	16 901														
1988	16 607														
1989	16 576														
1990	17 761														
1991	9 049														
1992	5 542	65	5 477												
1993	4 927	83	4 844	3 685	432	314	6	1	2	4	385	5	8	1	1
1994	3 596	178	3 418	2 357	434	150	7	2	1	9	314	63	77	1	4
1995 ¹⁾	2 975	145	2 830	1 919	415	179	14	4		5	59	6	215	6	8

Statistischer Ausweis Baltikum ab 1. Januar 1992, GUS ab 1. Mai 1992.

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Außenhandel der alten Bundesländer mit den MOE und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

Mio. DM

	Gesamt	Polen	CSFR	Tsch. Rep.	Slowakei	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Albanien	ehem. Jug.
Einfuhr										
1985	14 698	3 081	2 505			2 241	1 594	464	39	4 774
1986	13 884	2 596	2 197			2 082	1 659	399	45	4 906
1987	13 438	2 477	2 108			2 155	1 430	353	28	4 887
1988	14 472	2 912	2 200			2 263	1 385	322	54	5 336
1989	17 032	3 584	2 493			2 677	1 539	327	61	6 351
1990	19 976	5 164	2 704			3 254	1 116	396	38	7 304
1991	24 146	6 473	4 384			4 020	1 132	499	36	7 602
1992	26 098	7 443	6 627			4 453	1 226	568	24	5 757
1993	26 326	7 922		5 896	1 355	4 390	1 355	545	19	4 844
1994	32 068	9 155		7 802	2 057	5 281	1 807	725	23	5 218
1995 ¹⁾	39 123	11 217		9 827	2 943	6 772	2 129	776	32	5 427
Ausfuhr										
1985	17 038	2 832	2 325			3 063	916	1 641	46	6 215
1986	16 615	2 449	2 294			2 997	744	1 669	39	6 423
1987	15 638	2 390	2 390			2 892	583	1 563	29	5 791
1988	16 367	2 869	2 439			2 760	572	1 565	38	6 124
1989	20 263	4 470	2 743			3 651	584	1 471	78	7 266
1990	21 265	4 691	3 080			3 365	1 114	788	59	8 168
1991	24 142	7 478	4 319			3 844	996	663	76	6 766
1992	26 811	7 709	7 450			4 508	1 249	806	44	5 045
1993	30 054	9 301		7 196	1 318	4 992	1 662	834	67	4 684
1994	35 685	9 872		9 127	1 967	6 166	1 926	1 016	58	5 553
1995 ¹⁾	42 628	12 008		11 121	2 962	6 720	2 485	1 258	58	6 016

Statistischer Ausweis Tschechische Republik und Slowakei ab 1. Januar 1993.

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Außenhandel der neuen Bundesländer mit den MOE und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens
Mio. DM

	Gesamt	Polen	CSFR	Tsch. Rep.	Slowakei	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Albanien	ehem. Jug.
Einfuhr										
1985	11 132	2 161	3 177			2 157	1 214	1 280	41	1 102
1986	11 744	2 463	3 152			2 227	1 352	1 356	43	1 151
1987	12 658	2 547	3 394			3 077	1 238	1 363	47	992
1988	12 137	2 930	3 362			2 331	1 219	1 360	61	874
1989	12 283	3 061	3 246			2 435	1 335	1 324	77	805
1990	6 123	1 800	1 720			1 233	407	545	41	377
1991	1 996	777	715			257	81	38		128
1992	1 788	844	653			171	28	37		55
1993	1 620	717		540	136	136	15	27		49
1994	2 042	971		695	141	129	19	19		68
1995 ¹⁾	2 384	1 193		748	198	133	21	24		67
Ausfuhr										
1985	11 868	2 618	3 351			2 283	1 270	1 296	39	1 011
1986	12 633	2 881	3 504			2 441	1 258	1 481	46	1 022
1987	12 925	3 053	3 751			2 525	1 290	1 490	47	769
1988	13 276	3 095	3 956			2 661	1 349	1 498	69	648
1989	13 037	3 116	3 814			2 597	1 429	1 361	83	637
1990	12 380	2 944	3 405			2 696	1 505	1 412	88	330
1991	2 515	997	647			376	219	130	6	140
1992	1 730	524	791			179	77	67	5	87
1993	1 393	401		458	85	166	144	71	3	65
1994	1 512	481		515	70	211	81	56	3	95
1995 ¹⁾	2 056	682		697	119	308	78	71	1	100

Statistischer Ausweis Tschechische Republik und Slowakei ab 1. Januar 1993.

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Außenhandel der alten Bundesländer mit der GUS, den MOE-Ländern und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

Warenstruktur der Einfuhren

Mio. DM

	Gesamt	davon:								
		GUS	Baltikum	Polen	CSFR	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Albanien ³⁾	ehem. Jug.
1990										
Gesamt ¹⁾	29 093	9 117		5 164	2 704	3 254	1 116	396	38	7 304
Ernährungswaren	2 167	106		871	232	569	34	81		274
Gewerbliche Waren	26 481	8 854		4 239	2 434	2 636	1 078	292		6 948
davon Rohstoffe	2 379	1 656		366	222	81	13	15		26
Halbwaren	8 723	6 240		1 134	492	339	50	45		423
Fertigwaren	15 379	958		2 739	1 720	2 216	1 015	232		6 499
1991										
Gesamt ¹⁾	34 045	9 899		6 473	4 384	4 020	1 132	499	36	7 602
Ernährungswaren	2 687	169		920	301	792	72	108	3	322
Gewerbliche Waren	30 949	9 644		5 478	4 029	3 161	1 053	380	33	7 171
davon Rohstoffe	2 209	1 337		383	309	95	20	33	10	22
Halbwaren	9 902	7 161		1 288	638	295	51	74	2	393
Fertigwaren	18 838	1 146		3 807	3 082	2 771	982	273	21	6 756
1992										
Gesamt ¹⁾	36 149	9 411	640	7 443	6 627	4 453	1 226	568	24	5 757
Ernährungswaren	2 599	164	23	863	335	761	76	94	3	280
Gewerbliche Waren	32 957	9 119	609	6 457	6 152	3 598	1 137	465	21	5 399
davon Rohstoffe	3 237	2 365	10	377	339	81	12	20	8	25
Halbwaren	8 924	5 476	520	1 408	941	236	31	87	1	224
Fertigwaren	20 796	1 278	79	4 672	4 872	3 281	1 094	358	12	5 150

Statistischer Ausweis Baltikum ab 1. Januar 1992, Tschechische Republik und Slowakei ab 1. Januar 1993.

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.³⁾ Für 1990 liegt keine Warenstruktur vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Außenhandel der alten Bundesländer mit der GUS, den MOE-Ländern und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

Warenstruktur der Einfuhren

Mio. DM

	Gesamt	davon:									
		GUS	Baltikum	Polen	Tsch. Rep.	Slowakei	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Albanien	ehem. Jug.
1993											
Gesamt ¹⁾	36 991	9 929	736	7 922	5 896	1 355	4 390	1 355	545	19	4 844
Ernährungswaren	2 309	182	64	763	267	24	678	65	75	3	188
Gewerbliche Waren	33 958	9 601	661	6 983	5 462	1 314	3 617	1 270	453	16	4 581
davon Rohstoffe	3 256	2 487	19	352	256	27	73	9	16	1	16
Halbwaren	8 721	5 921	399	1 056	672	218	211	31	55	4	154
Fertigwaren	21 981	1 193	243	5 575	4 534	1 069	3 333	1 230	382	11	4 411
1994											
Gesamt ¹⁾	46 052	13 019	965	9 155	7 802	2 057	5 281	1 807	725	23	5 218
Ernährungswaren	2 497	227	46	770	301	41	743	67	82	3	217
Gewerbliche Waren	42 851	12 626	900	8 263	7 305	1 993	4 456	1 718	631	17	4 942
davon Rohstoffe	4 665	3 751	45	358	307	26	92	15	51	4	16
Halbwaren	10 264	6 984	426	1 081	812	325	240	149	74	3	170
Fertigwaren	27 922	1 891	429	6 824	6 186	1 642	4 124	1 554	506	10	4 756
1995 ²⁾											
Gesamt ¹⁾	53 267	12 804	1 340	11 217	9 827	2 943	6 772	2 129	776	32	5 427
Ernährungswaren	2 678	334	53	853	296	50	743	67	85	3	194
Gewerbliche Waren	37 559	1 045	321	10 186	9 319	2 852	5 908	2 044	680	26	5 178
davon Rohstoffe	3 346	2 450	44	321	334	28	74	16	51	5	23
Halbwaren	11 662	7 894	639	1 045	876	412	314	190	94	2	196
Fertigwaren	34 755	1 962	581	8 820	8 109	2 412	5 520	1 838	535	19	4 959

Statistischer Ausweis Baltikum ab 1. Januar 1992, Tschechische Republik und Slowakei ab 1. Januar 1993.

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Außenhandel der alten Bundesländer mit der GUS, den MOE-Ländern und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens
Warenstruktur der Ausfuhren
Mio. DM

	Gesamt	davon:								
		GUS	Baltikum	Polen	CSFR	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Albanien ³⁾	ehem. Jug.
1990										
Gesamt ¹⁾	31 626	10 361		4 691	3 080	3 365	1 114	788	59	8 168
Ernährungswaren	2 265	884		617	104	89	239	49		283
Gewerbliche Waren	29 229	9 456		4 061	2 966	3 267	873	736		7 870
davon Rohstoffe	314	26		48	45	73	32	7		83
Halbwaren	1 137	204		221	147	141	91	19		314
Fertigwaren	27 778	9 226		3 792	2 774	3 053	750	710		7 473
1991										
Gesamt ¹⁾	32 777	8 635		7 478	4 319	3 844	996	663	76	6 766
Ernährungswaren	2 386	897		791	202	113	96	59	26	202
Gewerbliche Waren	30 286	7 720		6 651	4 099	3 717	897	602	50	6 550
davon Rohstoffe	351	12		89	85	75	26	3	1	60
Halbwaren	1 179	125		426	162	127	52	20	2	265
Fertigwaren	28 756	7 583		6 136	3 852	3 515	819	579	47	6 225
1992										
Gesamt ¹⁾	35 170	7 840	519	7 709	7 450	4 508	1 249	806	44	5 045
Ernährungswaren	3 526	1 722	205	752	321	194	90	50	8	184
Gewerbliche Waren	31 538	6 103	314	6 938	7 093	4 298	1 155	754	36	4 847
davon Rohstoffe	336	18	1	92	108	44	13	3		57
Halbwaren	1 120	90	8	329	260	125	40	34		234
Fertigwaren	30 082	5 995	305	6 517	6 725	4 129	1 102	717	36	4 556

Statistischer Ausweis Baltikum ab 1. Januar 1992, Tschechische Republik und Slowakei ab 1. Januar 1993.

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

³⁾ Für 1990 liegt keine Warenstruktur vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Außenhandel der alten Bundesländer mit der GUS, den MOE-Ländern und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

Warenstruktur der Ausfuhren

Mio. DM

	Gesamt	davon:									
		GUS	Baltikum	Polen	Tsch. Rep.	Slowakei	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Albanien	ehem. Jug.
1993											
Gesamt ¹⁾	41 090	10 096	940	9 301	7 196	1 318	4 992	1 662	834	67	4 684
Ernährungswaren	3 224	1 874	220	77	326	87	254	69	73	17	227
Gewerbliche Waren	36 877	8 196	720	8 345	6 819	1 228	4 722	1 591	758	50	4 448
davon Rohstoffe	317	15	4	91	70	17	46	11	6	1	56
Halbwaren	1 260	115	15	360	308	50	127	46	34	1	204
Fertigwaren	35 300	8 066	701	7 894	6 441	1 161	4 549	1 534	718	48	4 188
1994											
Gesamt ¹⁾	48 645	11 579	1 381	9 872	9 127	1 967	6 166	1 926	1 016	58	5 553
Ernährungswaren	4 541	2 183	286	762	413	95	316	79	70	7	330
Gewerbliche Waren	43 977	9 376	1 094	9 094	8 661	1 866	5 837	1 842	943	51	5 213
davon Rohstoffe	429	22	6	137	90	28	63	7	9		67
Halbwaren	1 502	129	20	420	384	60	158	54	50	1	226
Fertigwaren	42 046	9 225	1 068	8 537	8 187	1 778	5 616	1 781	884	50	4 920
1995 ²⁾											
Gesamt ¹⁾	55 951	11 738	1 585	12 008	11 121	2 962	6 720	2 485	1 258	58	6 016
Ernährungswaren	4 550	2 213	240	748	473	111	193	126	61	3	382
Gewerbliche Waren	51 278	9 502	1 342	11 236	10 620	2 844	6 507	2 356	1 194	54	5 623
davon Rohstoffe	592	25	13	203	136	52	76	13	4		70
Halbwaren	1 800	172	35	521	455	85	181	72	53		226
Fertigwaren	48 886	9 305	1 294	10 512	10 029	2 707	6 250	2 271	1 137	54	5 327

Statistischer Ausweis Baltikum ab 1. Januar 1992, Tschechische Republik und Slowakei ab 1. Januar 1993.

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Außenhandel der neuen Bundesländer mit der GUS, den MOE-Ländern und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

Warenstruktur der Einfuhren und Ausfuhren 1990¹⁾

Mio. DM

	Gesamt		davon:															
			GUS		Polen		CSFR		Ungarn		Rumänien		Bulgarien		Jugoslawien		Albanien ²⁾	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Insgesamt	15 230	30 141	9 107	17 761	1 800	2 944	1 720	3 405	1 233	2 696	407	1 505	545	1 412	377	330	41	88
Nahrungsmittel u. lebende Tiere	142	713	7	396	30	112	11	22	78	78	2	70	11	12	3	23		
Getränke und Tabak	121	39	7	14		4	7		50	21	3		52		2			
Rohstoffe (ausgen. Nahrungsmittel u. mineral. Brennstoffe)	644	330	550	42	29	62	38	139	15	38	2	24	4	7	6	18		
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel usw.	5 205	479	4 905	62	204	110	85	153	2	97	9	37		19		1		
Tierische u. pflanzliche Öle und Fette	2	6		1	1			3	1			2						
Andere chem. Erzeugnisse	688	2 669	320	1 463	55	193	172	403	57	234	7	138	23	138	54	100		
Bearb. Waren vorw. nach Beschaffenheit	2 370	2 986	1 541	1 770	207	300	230	290	109	335	41	114	51	107	191	70		
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	4 813	17 778	1 606	10 384	702	1 762	1 004	1 970	758	1 648	301	977	373	956	69	81		
Verschiedene Fertigwaren	557	4 651	112	3 427	145	315	117	360	102	220	25	138	28	160	28	31		
Sonst. Ein- und Ausfuhren	647	402	59	202	427	86	56	65	61	25	17	5	3	13	24	6		

¹⁾ Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel SITC, Rev. 3.²⁾ Für 1990 liegt keine Warenstruktur vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Außenhandel der neuen Bundesländer mit der GUS, den MOE-Ländern und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

Warenstruktur der Einfuhren

Mio. DM

	Gesamt	davon:										
		GUS	Baltikum	Polen	CSFR	Tsch. Rep.	Slowakei	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Albanien	ehem. Jug.
1991												
Gesamt ¹⁾	6 250	4 254		777	715			257	81	38		128
Ernährungswaren	132	3		36	27			52	5	8		1
Gewerbliche Waren	6 034	4 213		728	670			197	74	28		124
davon Rohstoffe	2 748	2 592		138	16			1				1
Halbwaren	1 766	1 343		253	141			17	1	5		6
Fertigwaren	1 520	278		337	513			179	73	23		117
1992												
Gesamt ¹⁾	4 669	2 835	46	844	653			171	28	37		55
Ernährungswaren	136	5	1	32	46			35	4	11		2
Gewerbliche Waren	4 533	2 830	44	812	608			136	24	26		53
davon Rohstoffe	1 637	1 415	1	170	49			2				
Halbwaren	1 790	1 270	28	316	158			12		4		2
Fertigwaren	1 106	145	15	326	401			122	24	22		51
1993												
Gesamt ¹⁾	3 998	2 333	45	717		540	136	136	15	27		49
Ernährungswaren	114	5	1	32		45	2	19	1	7		2
Gewerbliche Waren	3 880	2 326	44	684		494	134	117	14	20		47
davon Rohstoffe	1 206	1 019	6	135		42	4					
Halbwaren	1 616	1 212	21	212		138	22	7		2		2
Fertigwaren	1 057	95	17	337		314	108	110	14	17		45

Statistischer Ausweis Baltikum ab 1. Januar 1992, Tschechische Republik und Slowakei ab 1. Januar 1993.

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Außenhandel der neuen Bundesländer mit der GUS, den MOE-Ländern und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens
Warenstruktur der Einfuhren

	Gesamt	davon:									
		GUS	Baltikum	Polen	Tsch. Rep.	Slowakei	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Albanien	ehem. Jug.
1994											
Gesamt ¹⁾	4 087	1 981	64	971	695	141	129	19	19		68
Ernährungswaren	108	3	2	31	51	1	16		3		1
Gewerbliche Waren	3 977	1 978	62	940	644	139	112	19	16		67
davon Rohstoffe	1 052	836	9	165	39	2		1			
Halbwaren	1 697	1 034	28	394	206	18	7	7			3
Fertigwaren	1 228	108	25	381	399	119	105	11	16		64
1995 ²⁾											
Gesamt ¹⁾	5 153	2 667	102	1 193	748	198	133	21	24		67
Ernährungswaren	105	5	4	27	53		12	1	3		
Gewerbliche Waren	5 045	2 662	98	1 165	695	197	121	20	21		66
davon Rohstoffe	1 643	1 432	9	158	37	4	1		2		
Halbwaren	1 932	1 107	49	510	190	59	10	2	1		4
Fertigwaren	1 470	123	40	497	468	134	110	18	18		62

Statistischer Ausweis Baltikum ab 1. Januar 1992, Tschechische Republik und Slowakei ab 1. Januar 1993.

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Außenhandel der neuen Bundesländer mit der GUS, den MOE-Ländern und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

Warenstruktur der Ausfuhren

Mio. DM

	Gesamt	davon:										
		GUS	Baltikum	Polen	CSFR	Tsch. Rep.	Slowakei	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Albanien	ehem. Jug.
1991												
Gesamt ¹⁾	11 564	9 049		997	647			376	219	130	6	140
Ernährungswaren	1 101	921		102	11			9	24	9	3	22
Gewerbliche Waren	10 419	8 105		890	626			365	194	119	3	117
davon Rohstoffe	126	28		9	48			35	4			2
Halbwaren	489	125		139	101			50	53	1		20
Fertigwaren	9 804	7 952		742	477			280	137	118	3	95
1992												
Gesamt ¹⁾	7 272	5 477	65	524	791			179	77	67	5	87
Ernährungswaren	670	557	8	47	30			2	5	2		19
Gewerbliche Waren	6 603	4 920	57	478	761			177	72	65	5	68
davon Rohstoffe	65	13		7	29			8	2	2		4
Halbwaren	419	150	2	75	156			10	5	1		20
Fertigwaren	6 119	4 757	55	396	576			159	65	62	5	44
1993												
Gesamt ¹⁾	6 320	4 844	83	401		458	85	166	144	71	3	65
Ernährungswaren	454	379	17	19		12	4	6	2	6		9
Gewerbliche Waren	5 863	4 464	66	381		445	81	160	142	65	3	56
davon Rohstoffe	24	2		6		9	1	1	2			3
Halbwaren	209	42	2	54		49	31	11	4	2		14
Fertigwaren	5 630	4 420	64	321		387	49	148	136	63	3	39

Statistischer Ausweis Baltikum ab 1. Januar 1992, Tschechische Republik und Slowakei ab 1. Januar 1993.

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Außenhandel der neuen Bundesländer mit der GUS, den MOE-Ländern und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens

Warenstruktur der Ausfuhren

Mio. DM

	Gesamt	davon:									
		GUS	Baltikum	Polen	Tsch. Rep.	Slowakei	Ungarn	Rumänien	Bulgarien	Albanien	ehem. Jug.
1994											
Gesamt ²⁾	5 108	3 418	178	481	516	69	210	81	56	3	96
Ernährungswaren	418	304	45	16	17	1	5	4	4		22
Gewerbliche Waren	4 687	3 114	132	464	498	68	205	77	52	3	74
davon Rohstoffe	33	1		12	7		6	4			3
Halbwaren	192	44	4	42	51	10	20	6	1		14
Fertigwaren	4 462	3 069	128	410	440	58	179	67	51	3	57
1995 ²⁾											
Gesamt ¹⁾	5 031	2 830	145	682	697	119	308	78	71	1	100
Ernährungswaren	351	248	30	43	17	3	3	2	1		4
Gewerbliche Waren	4 635	2 541	115	639	679	116	304	75	70	1	95
davon Rohstoffe	38	3	1	16	5	1	2	3	1		6
Halbwaren	240	24	8	64	104	13	9	5			13
Fertigwaren	4 377	2 534	106	559	570	102	293	67	69	1	76

Statistischer Ausweis Rußland ab 1. Mai 1992, Baltikum ab 1. Januar 1992, Tschechische Republik und Slowakei ab 1. Januar 1993.

¹⁾ Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.

²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Anlage 10

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen

1995

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Mio. DM	Anteil %	Mio. DM	Anteil %
westliche Industrieländer	485 299	76,5	560 660	77,0
davon				
EU-Länder (15)	346 710	54,7	415 120	57,0
darunter				
Frankreich	68 075	10,7	84 494	11,6
Großbritannien	40 405	6,4	58 136	8,0
Italien	52 853	8,3	54 636	7,5
Niederlande	53 427	8,4	53 856	7,4
andere europäische Länder	53 512	8,4	62 414	8,6
USA	44 896	7,1	54 603	7,5
Kanada	5 363	0,8	4 106	0,6
übrige Länder	34 818	5,5	24 417	3,4
GUS	15 471	2,4	14 568	2,0
Baltikum	1 442	0,2	1 730	0,2
MOE	36 013	5,7	38 566	5,3
ehem. Jugoslawien	5 494	0,9	6 116	0,8
Entwicklungsländer	73 632	11,6	93 789	12,9
Staatshandelsländer Asiens	16 802	2,6	11 122	1,5
Insgesamt ¹⁾	634 271	100,0	727 732	100,0

¹⁾ Einschließlich Schiffs- und Luftfahrtbedarf; nicht erm. Länder.

Quelle: Statistisches Bundesamt (vorläufige Ergebnisse).

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit den mittel- und osteuropäischen Ländern und dem ehemaligen Jugoslawien

Januar bis Dezember

Mio. DM

	Umsatz			Einfuhr			Ausfuhr		
	1994	1995 ¹⁾	Veränd. z. Vorj. in %	1994	1995 ¹⁾	Veränd. z. Vorj. in %	1994	1995 ¹⁾	Veränd. z. Vorj. in %
Rußland	23 923	23 869	-0,2	13 169	13 573	3,1	10 754	10 296	-4,3
Ukraine	2 281	2 409	5,6	508	612	20,5	1 773	1 797	1,3
Weißrußland	1 233	1 645	33,5	493	594	20,4	739	1 051	42,2
Moldau	140	252	79,7	52	102	98,1	89	150	69,0
Georgien	34	60	74,3	7	9	37,9	28	51	83,0
Armenien	37	49	32,5	14	18	33,3	23	31	32,0
Aserbaidshan	72	98	36,5	12	24	99,2	60	75	24,0
Kasachstan	950	545	-42,7	136	136	0,1	814	409	-49,8
Turkmenistan	208	152	-27,0	65	70	7,9	143	82	-42,8
Usbekistan	1 018	806	-20,8	499	270	-45,9	519	536	3,3
Tadschikistan	55	67	22,0	32	29	-10,3	23	38	67,0
Kirgisistan	46	88	91,3	13	34	165,4	33	54	63,0
GUS gesamt	29 996	30 039	0,1	14 998	15 471	3,1	14 998	14 568	-2,9
Polen	20 479	25 101	22,6	10 126	12 410	22,6	10 353	12 690	22,6
Tschechische Republik	18 139	22 393	23,4	8 497	10 575	24,5	9 643	11 817	22,6
Slowakei	4 234	6 222	46,9	2 198	3 141	42,9	2 036	3 081	51,3
Ungarn	11 786	13 933	18,2	5 410	6 906	27,6	6 376	7 027	10,2
Rumänien	3 834	4 713	22,9	1 827	2 150	17,7	2 007	2 563	27,7
Bulgarien	1 817	2 129	17,2	744	800	7,5	1 072	1 329	23,9
Estland	458	622	35,6	192	253	31,8	267	369	38,4
Lettland	927	1 172	26,3	419	580	38,4	508	592	16,4
Litauen	1 203	1 378	14,5	419	609	45,5	785	769	-2,0
Slowenien	6 146	6 770	10,2	3 345	3 634	8,6	2 801	3 136	12,0
assoziierte MOE*)	69 024	84 430	22,3	33 176	41 057	23,8	35 848	43 373	21,0
Albanien	84	91	8,5	23	32	39,9	61	59	-3,3
Kroatien	3 570	3 577	0,2	1 401	1 355	-3,3	2 168	2 223	2,5
Bosnien/Herzegowina	107	130	21,1	15	18	24,8	93	112	20,5
Serbien/Montenegro	90	132	45,6	4	6	65,8	87	125	44,7
Mazedonien	1 021	1 001	-1,9	522	481	-7,8	499	520	4,3
MOE insgesamt	73 895	89 361	20,9	35 140	42 949	22,2	38 755	46 412	19,8
MOE und GUS	103 891	119 399	14,9	50 138	58 419	16,5	53 753	60 980	13,4

*) Europaabkommen der EU mit Estland, Lettland, Litauen und Slowenien unterzeichnet.

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Anlage 12

Entwicklung des Handels ausgewählter OECD-Länder mit Mittel- und Osteuropa

Einfuhr (in Mio. US-\$)	1990	1991	Veränderung zum Vorjahr in %	1992	Veränderung zum Vorjahr in %	1993	Veränderung zum Vorjahr in %	1994	Veränderung zum Vorjahr in %	Veränderung 1990 bis 1994 in %
Deutschland	18 110	24 352	34,5	26 202	7,6	24 773	- 5,5	31 075	25,4	71,6
Italien	10 249	10 040	- 2,0	9 806	- 2,3	8 700	-11,3	11 944	37,3	16,5
Großbritannien	3 191	2 988	- 6,4	2 881	- 3,6	3 413	18,5	4 330	26,9	35,7
Frankreich	6 077	5 707	- 6,1	6 404	12,2	5 729	-10,5	6 347	10,8	4,4
USA	2 963	2 486	-16,1	2 444	- 1,7	3 981	62,9	6 293	58,1	112,4
Japan	4 015	4 000	- 0,4	3 132	-21,7	3 511	12,1	4 163	18,6	3,7
Österreich	3 366	3 563	5,9	3 974	11,5	3 696	- 7,0	4 695	27,0	39,5
Finnland	3 260	2 358	-27,7	2 169	- 8,0	2 036	- 6,1	2 930	43,9	-10,1

Ausfuhr (in Mio. US-\$)	1990	1991	Veränderung zum Vorjahr in %	1992	Veränderung zum Vorjahr in %	1993	Veränderung zum Vorjahr in %	1994	Veränderung zum Vorjahr in %	Veränderung 1990 bis 1994 in %
Deutschland	19 616	26 910	37,2	27 211	1,1	28 631	5,2	33 301	16,3	69,8
Italien	8 246	7 280	-11,7	8 478	16,5	8 357	- 1,4	11 370	36,1	37,9
Großbritannien	2 626	2 214	-15,7	2 981	34,6	3 475	16,6	4 315	24,2	64,3
Frankreich	3 932	4 304	9,5	5 567	29,3	5 168	- 7,2	5 311	2,8	35,1
USA	4 770	5 156	8,1	5 809	12,7	6 328	8,9	5 598	-11,5	17,4
Japan	3 451	3 040	-11,9	1 963	-35,4	2 330	18,7	1 973	-15,3	-42,8
Österreich	4 306	4 507	4,7	5 149	14,2	5 097	- 1,0	6 129	20,2	42,3
Finnland	3 718	1 589	-57,3	1 634	2,8	2 235	36,8	3 591	60,7	- 3,4

Umsatz (in Mio. US-\$)	1990	1991	Veränderung zum Vorjahr in %	1992	Veränderung zum Vorjahr in %	1993	Veränderung zum Vorjahr in %	1994	Veränderung zum Vorjahr in %	Veränderung 1990 bis 1994 in %
Deutschland	37 726	51 262	35,9	53 413	4,2	53 404	0,0	64 376	20,5	70,6
Italien	18 495	17 320	- 6,4	18 284	5,6	17 057	- 6,7	23 314	36,7	26,1
Großbritannien	5 817	5 202	-10,6	5 862	12,7	6 888	17,5	8 645	25,5	48,6
Frankreich	10 009	10 011	0,0	11 971	19,6	10 897	- 9,0	11 658	7,0	16,5
USA	7 733	7 642	- 1,2	8 253	8,0	10 309	24,9	11 891	15,3	53,8
Japan	7 466	7 040	- 5,7	5 095	-27,6	5 841	14,6	6 136	5,1	-17,8
Österreich	7 672	8 070	5,2	9 123	13,0	8 793	- 3,6	10 824	23,1	41,1
Finnland	6 978	3 947	-43,4	3 803	- 3,6	4 271	12,3	6 521	52,7	- 6,5

Quelle: OECD Monthly Statistics of Foreign Trade.